

... und Verwa
Brag I
Saulichow a. 2.
Telephon 6793,
nachts 6797.
Telegramm-Adressen:
Sozialdemokrat, Brag II,
Saulichow a. m. 32.
Saulichow a. m. 37544.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 86.—
ganzzährlich . . . 192.—

Abbestellung
von Abonnenten erfolgt
nur bei Einreichung des
Retourkarten.

Ergebnis mit Ausnahme
des Montag 18. 9. 1923.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 6. September 1923.

Nr. 208.

Die öffentlich Angestellten und die Gemeindevahlen.

Die Stellung der bürgerlichen Parteien zu den Angestellten des Staates, der Länder und der Gemeinden ist durch die bürgerliche Auffassung vom Wesen und den Aufgaben des Staates gegeben. Der bürgerliche Staat ist die Organisation, durch welche die wirtschaftlich und sozial Herrschenden ihre Macht über die vom entgegengesetzten Interesse bestimmte Klasse ausüben, mittels der sie alle Einrichtungen der Aufrechterhaltung dieser Macht dienstbar machen und in der Verwaltung und Gesetzgebung zu dauernden zu machen bestrebt sind. Den Beamten ist dabei die Aufgabe zugewiesen, Vollzugsorgan dieses bürgerlichen Machtwillens zu sein und ihn mit seiner Autorität zu decken. Die Behauptung, daß der Beamte über den Klassen und Parteien stehe, ist eine täuschende Fiktion, darauf berechnet, den Beamten nicht zur Erkenntnis kommen zu lassen, welche Rolle ihm die bürgerliche Klasse zu ihrem eigenen Nutz und Frommen zugebach hat. Unterstützt wurde diese Auffassung in früherer Zeit durch den Beamten selbst, dem es schmeichelt, zu hören, daß er Repräsentant des Staates sei, über den Dingen und Parteien stehe, über den Staat und seine Einrichtungen mache. Wie der Intellektuelle überhaupt in der Zeit, da die soziale Frage noch nicht unter dem Gesichtspunkte der Klassenkämpfe gesehen wurde, sich als König im Reiche des Geldes fühlte, den das niedrige Getriebe des Daseinskampfes nicht berührte, auf das mit Heringschäpfung herabzusehen er sich berechtigt glaubte, so galt dies im besonderen vom öffentlichen Beamten.

Das Betätigungsbereich des Staates wuchs, seine Aufgaben vermehrten sich. Damit wuchs die Zahl der amtlichen Funktionäre. Der Staat gab eine Reihe seiner Aufgaben an Länder und Gemeinden ab. Auch hier ergab sich die Notwendigkeit vermehrter Beamtenschaft. Staat, Länder und Gemeinden wurden zu Trägern wirtschaftlicher Unternehmungen, die ebenfalls beamtete Funktionäre nötig machten. Die Gesamtzahl der Beamten wuchs verhältnismäßig viel rascher als die Gesamtbevölkerung; die Beamten wurden zu einer besonderen Gesellschaftsklasse und ließen das soziale Problem ihrer Interessengruppe entstehen. Den Regierenden war diese in der Natur der Verhältnisse gelegene Entwicklung nicht angenehm; sie verschlossen vor den sozialen Konsequenzen dieser Entwicklung solange als möglich die Augen. Mit Zuckerbrot und Peitsche, öfter mit der Lehteren, trachtete die herrschende Klasse die Beamten in ihrer ursprünglichen Rolle zu erhalten. Nach der Theorie des bürgerlichen Staates besteht zwischen diesem und seinen Beamten kein Vertrags-, sondern ein Treueverhältnis. Die „väterliche Fürsorge“ des Staates macht es überflüssig, kennzeichne es geradezu als unwürdig, daß sich Staatsbeamte gleich Arbeitern organisieren und mit dem Mittel ihrer Organisation Lohnkämpfe führen. Der öffentliche Angestellte stehe nicht im Lohnverhältnis, das sich nach Nachfrage und Angebot regelt und durch das Schwergewicht der Organisation in der Richtung der Wünsche der Beamten gelenkt werden müsse. Um in den Beamten nicht die für den Arbeitgeber unangenehme Erkenntnis einheitlicher oder gleichgerichteter Interessen aufkommen zu lassen, wurde durch ein ausgeklügeltes Rang-Klassensystem an der Trennung der Interessengruppen der Beamten gearbeitet, die Isolierung der Beamten durch Auszeichnungen, Qualifizierungen und Uniformierungen weiter getrieben, mit dem altromischen Grundsatz „Teile und herrsche!“ wurde der Widerstand der Beamten gegen ihre unpersonlichen Gebieter im Keime erstickt. Doch stärker als all diese Kunststücke bei der Behandlung der öffentlichen Angestellten, erwies sich die Entwicklung der sozialen Verhältnisse. Der Prozentsatz der Beamten wuchs. Ein immer größerer Teil der Bevölkerung wurde von der wirtschaftlichen Stellung und Bedeutung des Beamtentums sozial abhängig. Man begann von einem

Eine halbe Million Tote.

Die letzten Nachrichten.

Tokio, 5. September. (Reuter.) Die letzten Berichte schätzen die Opfer der Katastrophe in Tokio und Yokohama auf 240.000 Tote und 450.000 Verwundete. Die Gesamtzahl der Toten beträgt in den zerstörten Gebieten ungefähr eine halbe Million. Viele hervorragende Ausländer kamen um, darunter der italienische Botschafter De Martino, der französische Generalkonsul und amerikanische Diplomaten. Das Schicksal der Flüchtlinge ist höchst besorgniserregend. Tausende nach Kobe ankommende sind obdachlos und sterben an Hunger und Kälte. Aus San Francisco wird gemeldet, daß 10.000 Flüchtlinge, die auf den Ruinen von Tokio eingeschifft sind, infolge des entstandenen Brandes ums Leben kamen. Mit der Wiederaufbauarbeiten wurde mit Hilfe der zur Aufrechterhaltung der Ordnung betrauten Ordnungsbegonnen. Am Samstag wurden in Tokio 216 Erdschütterungen verzeichnet, von denen die heftigste sechs Minuten andauerte. Das von der Katastrophe heimgesuchte Gebiet wird auf 20.000 Quadratmeilen geschätzt.

Der Schaden unermesslich. -- Hunger und Aufruhr.

London, 4. September. Reuter berichtet aus Osaka: Schätzungsweise wird eine Summe von mindestens einer Milliarde Pfund Sterling für das Wiederaufbauwerk in Japan erforderlich sein. -- Die Tokioter Polizei schätzt die Zahl der Opfer der Katastrophe auf mehr als 500.000. -- 300.000 Häuser wurden zerstört. Das Erdbeben verursachte eine Eruption in den Gasleitungen und einen Brand, welcher 24 Stunden andauerte, ohne daß man seiner Herr werden konnte. Auf dem Bahnhof in Unco (?) wurde durch das Feuer eine Panik hervorgerufen. Einige tausend Flüchtlinge, welche sich auf dem Bahnhof befanden, wurden von einer Panik ergriffen, wobei einige Personen zu Boden geworfen wurden. Ueber ihre Körper ergossen sich weitere Fluten von Flüchtlingen. Der Schaden in Tokio wird auf sieben Billionen Yen geschätzt. In Tokio wurden sieben Millionen Pektolter Reis vernichtet. In Yokohama kam es zu Gewalttätigkeiten, welche die Behörden vergebens zu verhindern gesucht hatten. -- Die Abendblätter veröffentlichen ein Tele-

gramm aus Osaka, wonach bei dem Erdbeben drei Millionen Menschen umgekommen sind, darunter allein 300.000 in Tokio. Ein Telegramm aus Peking besagt, daß die Zahl der Toten zwei Millionen übersteigt. -- Bei den Straßenkämpfen in Tokio sind zahlreiche Koreaner getötet worden, die beim Plündern, Töten und Zerstören ergriffen wurden. Auch in Yokohama wurden Ausschreitungen begangen, deren die dortigen Behörden nicht Herr werden konnten. Die Inseln Bonin, Ohonja und Enoschima sollen in die Fluten gesunken sein. Zwei Inseln bei Yokohama, die Europäern zum Sommeraufenthalt dienten, wurden von der Sturmflut verwüstet. Drei von Europäern bewohnte Vorstädte Yokohamas sind zerstört, daß kein Stein mehr auf dem anderen liegt. -- Nach einem Berichte aus Nagasaki vom Kapitän des Dampfers „Shimpo-Maru“ ist die ganze Stadt ein einziger Trümmerhaufen. Nicht ein einziges Gebäude ist unversehrt geblieben. Das Feuer in Tokio ließ erst Sonntag um fünf Uhr nachmittags nach, als von der Stadt nichts mehr übrig war. Alle Gefangenen, darunter auch die kürzlich eingelassenen Sozialisten, wurden freigelassen aus das Gefängnis in Brand geriet. -- Nach Mitteilungen von Passagieren des Dampfers „Korea-Maru“ sind in Yokohama kaum 40.000 Menschen geblieben. Alle übrigen Einwohner sind entweder getötet oder geflüchtet.

Sissionsationen.

Paris, 5. September. (Sch. P.) Nach einer Havasmeldung aus Peking hat das chinesische Kabinett beschlossen, die Reisausfuhr nach Japan freizugeben und 200.000 Dollars zur Vinderung der Not beizusteuern. Nach einer Havasmeldung aus Washington hat das amerikanische Rote Kreuz eine Sammlung eröffnet, durch welche fünf Millionen Dollars zusammengebracht werden sollen. An dieser Sammlung werden sich auch die Theater und Kinos beteiligen. Auch die Heilsarmee, die ihren gesamten Tokioter Stab verloren hat, leitete eine Subskription in der Höhe von fünf Millionen Dollars ein.

stammen die öffentlichen Beamten zu einem großen Teil aus den Schichten des bisherigen sogenannten Mittelstandes, aber sie selbst gehören nicht zu ihm. Sie wurzeln mit ihren sozialen Interessen nicht in der Vergangenheit, ihr Klassenschicksal ist dem des Proletariats ganz ähnlich und muß sich wie das Schicksal aller von der Arbeit Lebenden in Zukunft in ähnlicher Weise erfüllen. Um den Weg zu dieser Zukunft zu bereiten und zu kürzen, ist für die Beamten die Erkenntnis dieser ihrer sozialen Bedeutung und der Notwendigkeit einer organisatorischen Zusammenfassung ihrer Kräfte eine zwingende.

Die richtige und moderne Auffassung ihres Schicksals legt es den Beamten, obwohl noch viele Vorurteile, Nachwirkungen des Risikums, dem sie entstammen, die Art ihrer Bildung und Erziehung, sie vom Proletariat fernhalten, nahe, sich die Kampfmethoden zu eignen zu machen, die das Proletariat zu den seinen gemacht hat. Die weitere Entwicklung wird sie notgedrungen der Arbeiterklasse nähern. Der wirtschaftliche und soziale Aufstieg der Arbeiterklasse muß auch den öffentlichen Beamten zugutekommen. Alle Kämpfe sozialpolitischer Art, mögen sie die Entlohnung, den Arbeitsvertrag (Dienstpragmatik), die Wohnungsfrage betreffen, werden vom Proletariat für das geistige Proletariat mitgekämpft.

Auch die geistige und kulturelle Einstellung der Beamten beinhaltet um so weniger einen Gegensatz zum Proletariat,

je deutlicher die soziale Physiognomie der öffentlichen Angestellten hervortritt, je größer der Besitz an geistigen und kulturellen Gütern wird, die sich das Proletariat in seinem Klassenkampf erobert. Die Staats- und Gesellschaftsauffassung des Sozialismus, völlig verschieden von der des Bürgertums, werden auch die öffentlichen Angestellten, nach Verschwinden der restlichen Vorurteile der Vergangenheit, als ihre eigene erkennen. Bei der Gestaltung der neuen Gesellschaft werden die Funktionäre des gesellschaftlichen Willens nicht beiseite stehen, sondern aktiv mitwirken.

Ein großer Teil vom Schicksal der öffentlichen, der staatlichen Angestellten erfüllt sich in der Gemeinde. Es kann ihnen nicht gleichgültig sein, wie die Gemeinde verwaltet wird, nach welchen Richtlinien und im Interesse welcher sozialen Gruppe. Wo Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung saßen, haben sie für die Bedürfnisse der Angestellten Verständnis gezeigt. Sie haben in der Frage der Entlohnung, der Dienstpragmatik den Ansprüchen der kommunalen Angestellten zur Verwirklichung verholfen. Soweit es sich um die Regelung der Rechts- und Gehaltsverhältnisse der Staatsangestellten in der Nationalversammlung handelte, haben die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie nicht nur die Budgetberatung und jeden andern auf die Beamten bezüglichen Punkt der Tagesordnung benützt, um sich der Staatsangestellten anzunehmen, sondern sie haben auch durch eigene Initiativanträge, dann gelegentlich des Kampfes gegen das herkömmliche Dezembergesetz bewiesen, daß die Beamtenschaft im ganzen Parlament keine besseren Sachwalter ihrer Interessen bestünde als die deutsche Sozialdemokratie. Gleich nach Eröffnung des neugewählten Parlamentes im Mai 1920 stellte die deutsche Sozialdemokratie einen Antrag auf Erhöhung der Teuerungszulage und auf Gewährung eines Anwartschaftsbeitrages. Nach vielen Kämpfen erzwangen die Sozialdemokraten die Annahme dieses Antrages im Abgeordnetenhause. Leider brachten die Intrigen und Erpressungen der Regierung den Antrag im Senate zu Falle. Seit Bestand des Parlamentes kämpfen die deutschen Sozialdemokraten um Gleichstellung der Bezüge der Renteptionisten mit denen der Neupensionisten. Die Durchrechnung der Dienstjahre, die Notaushilfe für die Beamten, die Errichtung von Wohngebäuden für Staatsbedienstete, die Gewährung von Zuschüssen für Gemeinde- und Bezirksbedienstete, die Neuregelung der Aktivitäts- und Ruhegehälter, die Stabilisierung der außerordentlichen Bezüge der Staatsbeamten und Pensionisten, Erholungsurlaube für die autonome Beamtenschaft, die Erhöhung der Ortszulagequoten und vieles andere im Interesse der Beamten gelegene bildete den Gegenstand deutschsozialdemokratischer Anträge und ein ständiges Kampfbild mit der Regierung und den Regierungsparteien.

Bei den bevorstehenden Wahlen haben die öffentlichen Beamten Gelegenheit, zu zeigen, ob sie die Gemeinden nach den Prinzipien moderner Sozialpolitik verwalten wissen wollen oder nach den Interessen des bürgerlichen Selbsts. Den jetzigen Gemeindevahlen kommt nach Lage der Umstände die Bedeutung einer politischen Wahl zu. Ihr Ausgang kann nicht ohne Einfluß bleiben auf die Richtung und Gestaltung der staatlichen Politik auch hinsichtlich der großen und ungelösten Fragen der Staatsbeamten. Die Politik der deutschen Sozialdemokratie ist die gleiche in Staat und Gemeinde. Einer der wichtigsten Punkte ihrer Politik ist das Eintreten für die geistigen Arbeiter, für die öffentlichen Beamten. Das hat sie in der Vergangenheit gezeigt, dem wird sie auch in der Zukunft treu bleiben.

Die Gemeindegewahlen.

Die Sozialdemokraten in den Dorfgemeinden.

Von unseren Gegnern wird im gegenwärtigen Wahlkampf oft das „Argument“ gebraucht, die Sozialdemokraten hätten in den Dorfgemeinden keine Berechtigung, sie hätten dort in der verflochtenen Wahlperiode nichts geleistet.

Es ist notwendig, dieses Scheinargument bei Licht zu betrachten.

In den kleinen Dorfgemeinden hatte eine kleine Klique von Großbauern oder ein paar Intellektueller seit jeher die Macht in den Händen und wirtschaftlich unumschränkt. Ihr Bestreben richtete sich hauptsächlich darauf, die Gemeindegewinnlagen so niedrig wie möglich festzusetzen. Darunter litten selbstverständlich alle Gemeindegewinnungen, die auch von den Arbeitern und Häuslern in Anspruch genommen werden. Dagegen wurde alles gefördert, was den persönlichen Vorteilen der herrschenden Klique dienlich war. In den meisten dieser Landgemeinden gab es keine eigene Gemeindegewinn, kein Gemeindegewinnhaus, in dem das Armenhaus, der Gemeindegewinn, die Herberge u. dgl. untergebracht werden könnte, von Einrichtungen wie Mutterberatung, Kindergärten u. dgl. gar nicht zu reden. Die Tätigkeit der früheren Gemeindegewinnungen erstreckte sich daher lediglich auf die Instandhaltung der Gemeindegewinne, der Schule, eventuell auch noch der Kirche, die Gewährung von Subventionen an landwirtschaftliche Vereine, für bäuerliche Zwecke usw. Es blieb für die Ausgestaltung der Schulen, für das Armenwesen, für Schaffung von kulturellen Einrichtungen nichts übrig.

Unsere Genossen in der gegenwärtigen Gemeindegewinnung dieser hundert von Dörfern hatten daher einen Mangel an allen verfallenen Einrichtungen zu beseitigen, hatten ungeheuer viel zu tun, um nur die allernotwendigsten Einrichtungen zu schaffen und alles Unrecht zu beseitigen. Wenn man nach außen hin von dieser Arbeit unserer Vertreter nicht allzu viel bemerkt, so nur deshalb, weil es Kleinarbeit im isolierten Rahmen ist und unsere Genossen ihre Taten niemals an die große Glocke hängen, wie es die Bürgerlichen tun. Es sei daher nur einigermäßig erwähnt, das ein fleißiges Verdienst unserer Genossen sein wird.

In vielen Landgemeinden bestand noch die Einrichtung des sogenannten Schulgeldes, der Schulumlagen, die im Orte nach altem Brauch für jedes schulpflichtige Kind eingehoben wurden. Sie belasteten besonders arme und kuderreiche Eltern ungeheuer und bildeten so eine der unsozialsten Steuern. In den meisten Orten ist diese Umlage auf Antrag unserer Genossen verschwunden.

Die Armen wurden in den Dörfern aus dem Armenfond unterstützt, der in den meisten Fällen vom Pfarrer verwaltet wurde. Die Unterstützungen waren auch darnach und überfließen selten zwei bis vier Kronen im Monat. In der Vorkriegszeit konnte sich der Arme dafür etwas kaufen. Heute ist dies ein Bettel, für den das Danken nicht lohnt. Hier haben unsere Genossen die Unterstützungssätze überholt, wo es die Finanzlage erlaubte, gewaltig erhöht. Außerdem ging die Verwaltung der Fonds zum größten Teile in die Hände des Armenauschusses über.

In vielen Orten wurden durch das Drängen unserer Genossen Bürgerschulen errichtet, Lehrmittel angekauft usw. Auch in bezug auf die Jugendfürsorge waren unsere Genossen das treibende Element. Es wurden zum Mindesten mit unserer aktiven Mitarbeit Kindergärten, Mutterberatungsstellen u. dgl. errichtet. Wo Boden entzogen wurde, sicherte man

sich Spielplätze für die Schuljugend, ja sogar Säuglingsheime und anderes entstand in den Landgemeinden.

Eine Einrichtung ferner, die sich aus der guten alten Zeit herübergerettet hatte, waren die Diensthorenprämien. Ein Diensthore, der beim Bauer 10 Jahre ausdient, erhielt die Riesen-summe von 100 Kronen; vor dem Kriege war dies gewiß ein respektablem Beitrag für Leute, deren Jahressohn kaum so hoch war. Später, als die Löhne am Lande überhand nahen, gab man die Prämien auch schon für kürzere Dienstzeit. Der Bauer kam sich wahrscheinlich äußerst wichtig vor, wenn er sich mit so alten Diensthoren brüsten konnte, und man wollte daher auch nach dem Kriege von dieser Einrichtung nicht abschn. Für die Kinder armer Leute, die zu dienen gezwungen sind, bedeutet die Gewährung solcher Prämien eine Entwürdigung, wenn man bedenkt, daß die Gemeinde für eine Stier- oder Jungviehschau höhere Preise aussetzte, ja daß man sogar für einen Rassehund als Prämie mehr zahlt als für ein Leben voller Arbeit. Darum haben unsere Genossen gegen den Widerstand der Bauern diese Institution abgeschafft.

Wenn man außerdem in Betracht zieht, was unsere Genossen in den Landgemeinden für die Pächter von Boden, für die Verbesserung der Verkehrswege geleistet, daß sie alles dies oft erst nach jahrelangem Kampfe den Bauern abtrotzen mußten, und sich dann diese Arbeit in allen Gemeinden, wo wir mitwirkten, summiert, dann bekommt man beiläufig ein Bild von der Größe der geleisteten Arbeit und von dem gewaltigen Kulturfortschritt am Lande, der nur durch unsere politische Beteiligung in den Landgemeinden möglich geworden. Wir können daher auch auf diese unscheinbare Arbeit unserer Landgemeindegewinnung mit Stolz verweisen.

Gemeindegewahlen und Gewerkschaften.

Der „Internationale Metallarbeiter“, das Verbandsorgan des Internationalen Metallarbeiterverbandes, befaßt sich im Leitartikel mit den kommenden Gemeindegewahlen und gelangt zu folgendem Schlusse:

Die gesamten Wähler sind aufgerufen zur Entscheidung darüber, wie in Zukunft die Selbstverwaltungskörper geführt, geleitet und verwaltet werden sollen. Bei den Gemeindegewahlen ist die Arbeiterschaft ein nicht zu unterschätzender Faktor und alle nationalen und bürgerlichen Parteien, die Schöpfer der Reaktion sowie die Reaktionskräfte selbst locken und versuchen die Arbeiter für ihre Zwecke zu gewinnen. Verleumdungen, Lügen und Versprechungen müssen herhalten, um Profiteure zu machen, um Anhänger zu gewinnen, die den gegnerischen Parteien wider in den Sattel helfen sollen. Die Arbeiterschaft aber muß sich dessen eingedenk sein, daß sie von den bürgerlich-nationalen Parteien nichts zu erwarten hat, muß sich bewußt sein, daß ihre berechtigten Forderungen nach der Wahl von den Gewählten abfällig übersehen und vergessen werden. Sie kann und darf daher keiner bürgerlich-nationalen Partei ihre Stimme geben, sondern alle Arbeiter, die es mit ihrer Klasse ehrlich meinen, werden überall nur die Liste der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wählen.

Am 16. September werden die Wähler aus den schaffenden Ständen zu entscheiden haben, ob das Werk, das vor vier Jahren begonnen wurde, weiter geführt werden soll oder ob wieder der Geist der Kränklichkeit seinen Einzug in die Gemeindegewinnungen halten soll. Es liegt im Interesse des Proletariats, daß der vielversprechende Anfang praktischer, sozialistischer Kommunalpolitik seinen

Fortgang nehme, daß der neue Geist wahrhaft sozialer Verwaltung sich weiter auswirkt zum Wohle der Gesamtheit. Auch die Metallarbeiter sind ein Teil der kämpfenden Massen des Proletariats und daher an dem Ausgang der Wahlen interessiert. Drum gilt es auch für uns die Stunde zu nützen und unsere Klassenossen auf die Wichtigkeit der Gemeindegewahlen aufmerksam zu machen. Sorgen wir dafür, daß der 16. September wieder zu einem Ehrentage der Geschichte der Arbeiterbewegung wird, sorgen wir dafür, daß wir das vor vier Jahren Erreichte nicht nur wieder behaupten, sondern vermehren. Gelschieht dies, dann haben wir unserer Klasse wieder einen großen Dienst erwiesen und beigetragen unseren Einfluß zu vermehren. Deshalb werden die Metallarbeiter sozialdemokratisch wählen!

Dasselbe, was hier von den Metallarbeitern gesagt wird, gilt natürlich von allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern.

„Christliche“ Lolschläger.

Ein Bild herikaler Bestialität.

Dienstag, den 28. August wollten die Slowakischkatholiken in HOLLICH eine Wählerversammlung abhalten. Sie versammelten sich im dortigen „Katholischen Haus“, mit Stöcken, Messern und Schußwaffen gut ausgerüstet. Möglichlich fiel vor dem „Katholischen Hause“ Schüsse und loslag sich ein herikaler Heger in den Saal, in dem die Versammlung stattfand, und schrie, daß die Kommunisten und die Sozialdemokraten das Haus angreifen wollen. Hierauf lief die ganze fromme Rotte vor das Haus und da weit und breit keine Sozialdemokraten zu sehen waren, stürzten sich die Frommen auf einen vorübergehenden Arbeiter namens Misowies, der keine Ahnung hatte, wozum es eigentlich ging und bezweifelnd fragte, was hier los sei. Anstatt einer Antwort bekam er einen betäubenden Schlag, so daß er zu Boden fiel. Er wurde in das Innere des Hauses geschleppt, wo man ihn fast totschlug. Hernach ließ der Gottesdiener und Hausverwalter den Schmerverlehen aus dem Hause schaffen und etwa fünfzig Schreienfernt liegen. Postament fanden ihn und schafften ihn nach Hause. Bevor der Gottesdiener weging, sah er seine Taschenlampe, beleuchtete ihn und sagte: „Er ist noch nicht freipiert!“

Wie amtlich festgestellt wurde, hat der Arbeiter Misowies folgende Verletzungen erlitten: Einen zweifachen Rippenbruch, eine Nierenverschiebung, eine Leberquetschung, am ganzen Körper Hautabschürfungen und am Kopfe unter dem rechten Auge eine Verletzung, die eine Gehirnhautentzündung herbeiführte. Drei Tage lang der arme Arbeiter mit dem Tode: Samstag früh ist er ihm von den Herikalern beigebrachten Verletzungen erlegen. Sonntag vormittags fand unter ungewohnter Beteiligung kein Leichenbegängnis statt. Der Leichenwagen wurde zu einem mächtigen Protest gegen den Mißbrauch der Religion zu politischen Hehen.

In der Slowakei hat dieser Vorfall große Aufregung, die sich gegen die frommen Bestien in Menschengestalt wendet, hervorgerufen. „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ und „Du sollst nicht töten!“, diese Gottesgebote haben die politischen Kirchentruiter längst vergessen.

Agrarier sind ihnen lieber als „Sozialpatrioten“.

In allen Orten, wo es keine kommunistischen Organisationen gibt, fassen die Kommunisten nach den Wahlen ihrer Führung Kandidatenlisten der Arbeiter, Kleinbauern und Häusler aufstellen. Wie sie diese Weisung durchführen, haben wir

bereits in den vergangenen Tagen aufgezeigt. Sie verbunden sich mit allerlei bürgerlichen Elementen zu einer Einheitsfront, die dann unter irgend einem Namen — in Ausspich zum Beispiel unter dem Namen „Nationale Sammlung“ — laubdiert. Dies hat nun den Unwillen der Prager Führung hervorgerufen und sie brachte die Organisations in Erinnerung, daß die Kommunisten mit bürgerlichen Parteien keine Kompromisse eingehen sollen. Interessant ist hierbei, daß zum Beispiel der Reichsbürger „Dorwa 16“ die Ausspicher Einheitsfront indirekt zugab und den Ausschluß der Ausspicher aus der Partei in Aussicht stellte, während das „Rude Pravo“ die tschechnationale Ausspicher Einheitsfront der Kommunisten dadurch aus der Welt zu schaffen eruchte, indem es die Nachricht einfach dementierte. Nun vergeht tatsächlich kein Tag, der nicht eine neue Meldung über eine kommunistische Einheitsfront mit den Bürgerlichen brächte. In Drahsch bei Theresienstadt sind bloß zwei Kandidatenlisten angemeldet worden: Eine der tschechnischen Sozialdemokraten und eine irgend einer „republikanisch-bürgerlichen Partei“. Auf dieser Kandidatenliste figurieren nun die Namen der kommunistischen Oberhäuptlinge: Rehlisch und Holt neben den Namen einiger tschechnischer Agrarier. Auf die Frage, warum sie mit den Agrarier gegen die Sozialdemokraten gehen, erklärten die beiden Kommunisten, Agrarier seien ihnen noch immer lieber als Sozialpatrioten. Auf einem der Flugblätter der Drahschiger Kommunisten heißt es: „Glaube nicht dem sozialdemokratischen Schindel, welches Euch um den schwer verdienten Lohn bestiehlt! Glaube nicht den gelaunten Abgeordneten, Senatoren, Sekretären und Redaktoren!“ So führen die Kommunisten den Wahlkampf gegen eine proletarische Partei, so verstehen sie die Einheitsfront!

Eine herikale Schimpfkanone.

Die „Nordböhmische Volkspost“, die sich im Untertitel „Zeitung für das christlich-deutsche Volk“ nennt, läßt in ihrem Leitartikel eine wüste Schimpferei gegen die Sozialdemokraten los, wobei sie auch immer absichtlich Volkswissenschaft mit Marxismus verwechselt. Sie bespricht zunächst die Lage in Deutschland und kommt zum Schlusse, daß sich „die bolschewistisch-marxistische Dämonie mit Freudengefühl über das wirtschaftliche Zerbröckeln hermacht.“ Die „Volkspost“ fragt allerdings nicht, wer dieses wirtschaftliche Zerbröckeln geschaffen hat. Sie vergißt, daß es vor allem die Herikalien waren, welche ein großes Verdienst daran haben, den Arier heraufzuschwären zu haben. „Das Werk ist mit Gott begonnen worden, die Schichten müssen gekämpft werden, wir sterben mit Gott für den Thron und das Vaterland.“ So schrieb zu Anfang das „Pastoralblatt der k. u. k. Geistlichen.“ Wer also die Schaffung der Leichenfelder der Wirtschaft mit beiläufig war, geht aus diesem Dokument, ebenso wie aus tausend anderen, deutlich hervor. Nach längerem Abschrammen über die revolutionären Erregungszustände in der Nachkriegszeit, aus denen die Arbeiterfeindlichkeit der Christlichsozialen so recht hervorgeht, kommt die „Wohlfahrt“. Der Intelligenz will das Blatt weismachen, daß sie „eine revolutionär-verschrobene Denkwiese hinter die Abwaschfrau degradiert hat.“ Es würde uns sehr interessieren, wie die christlichsoziale Seele diese Behauptung begründen will. Der „Masse der Selbständigen“ bringt das christlichsoziale Blatt die „Produktionsschemenenden Schikanen“ in Erinnerung. An der Achtstundentag ist den Christlichsozialen ein Dorn im Auge. Das werden sich die Arbeiter gut merken. Die Christlichsozialen als Verbündete der jüdischen Fabrikanten im Kampfe gegen den Achtstundentag — welch häßliches Bild!

sieht er heimlich nach Zürich, wo sich der edle, menschenfreundliche Zwangli hilfreich seiner annimmt. Aber es ist zu spät; auch hier stellen ihm die Feinde nach. So muß er sich auf der Insel Ufenau in Züricher See verstecken, wo ihn ein Pfarrer liebevoll pflegt. Hier stirbt er Ende August oder Anfang September 1523 in bitterster Not, von der Syphilis zerfressen (auch hierin ein Mensch der neuen Zeit, an deren für sie bezeichnenden Zende er zugrunde ging), die ihn zeitlebens entsetzlich geplagt hatte, aber mehr noch die Heilmittel gegen sie, die aber seinen Mut und seine Kampfeslust nicht lähmen konnte.

Hutten's Bedeutung liegt in seinem politischen Kampfe gegen die Ausbeutung Deutschlands durch die ruzialistische Verwaltung, in seinem Kampfe gegen soziale Unterdrückung, deren stärkste die päpstliche war. Diesem sozialen Kampfe entspringt seine Schriftstellerei, die er ganz in den Dienst der Polemik gegen persönliche und Unterdrücker des Vaterlandes stellte, und eine nationale Politik als soziale Abwehrbewegung gegen die römische Herrschaft in Deutschland. Als Vorkämpfer des Bürgertums ist er für die Einheit des Reiches und die Alleinherrschaft des Kaisers gegenüber den vielen kleinen und selbständigen Territorien. Aber in der geradezu religiösen Anbrunst, mit der er zum Kaiser aufblickt und mit der er alles von ihm unterzagt erhofft, lebt noch der Gedanke der mittelalterlichen Universalmonarchie. Er widmet Kaiser Maximilian eine Sammlung von Epigrammen, in denen das Schärffte steht, was überhaupt gegen den Papst und den Ablass geschrieben wurde. Auch umhert er ihn, der Ritter, zum Krieg gegen Venedig auf. Am „Vadistus“ oder die römische Dreifaltigkeit“ wendet er sich in hürschender Ahetorik, die der stitischen Entrüstung entspringt, gegen die päpstliche Tyrannei, gegen das schamlose Treiben der Pfaffen, gegen den Ablasshändler und

ermahnt er die Deutschen nicht zu erschaffen und ihre Politik selbst zu leiten. Er wendet sich von der Literatur und persönlichen Angelegenheiten, mit welchen beiden er sich bis 1511 beschäftigt, den Gesamtinteressen der Nation zu. Er entwickelt sich vom Humanisten zum politischen Publizisten. Er setzt sich ein für die Wahl Karls von Spanien zum deutschen Kaiser, von dem er sich den Sieg der deutschen Sache verspricht. Mit der fortschreitenden Entwicklung in Deutschland, erkennt er, daß vom Fürstentum nichts zu erwarten sei, dem er unationale Politik vorwirft. Er wendet sich an das Rittertum und an das Bürgertum; da ist Hutten wieder einerseits der feudale Ritter, der sich noch an seine Standesgenossen wendet, und doch schon der moderne Revolutionär, der erkennt, daß das Bürgertum die Grundlage der neuen Gesellschaft bilden wird. Je unhaltbarer die politischen Zustände, je wankelmütiger der Kaiser und je feindseliger die Fürsten werden, desto lähner fordert er zur Befreiung von der römischen Tyrannei auf und ein desto engeres Zusammengehen von Rittersn und Bürgern verlangt er. Ja, er, der bisher vorwiegend lateinisch, nach Humanistenart, geschrieben hatte, indem er sich an die Gebildeten der Nation wandte, schreibt seit 1520 deutsch, weil er seine Schriften nicht mehr an die Gelehrten richtet, sondern ans Volk, an die ganze Nation, deren politische und kulturelle Existenz er an ihre nationale Unabhängigkeit gebunden sieht; er, der von Geburt als Ritter eine Abneigung gegen das Volk hatte, wird sich jetzt der wichtigsten Bundesgenossenschaft mit ihm bewußt, und es wird ihm klar, daß diese Bewegung vom Volk kommen mußte, da vom verrotteten Adel nichts zu erwarten sei. Dieser Anschauung geben einige Dialoge starken Ausdruck. Er wendet sich sogar an die bäuerlichen Schichten. Er vertut die Interessen der gesamten deutschen Nation und ihnen alle

persönlichen Wünsche und Sympathien opfernd, tritt er weit aus den Schranken seiner Klasse, als wahrhaft edler Mensch und großer Revolutionär die Befreiung aller Unterdrückten zum Ziele setzend. Seine größte Hoffnung setzt er auf den Wormser Reichstag, von dem er ein entscheidendes Eintreten des Kaisers für die Reformation erwartet. Als aber diese Hoffnung vernichtet wird, ist auch er zu Ende, ein gebrochener Mann. Was sollte er noch tun, nachdem der Kaiser die Reformation verraten hatte? Er schreibt noch allerdings literarische Arbeiten, aber mit sinkender Kraft. Daß die habsburgische Hausmacht und ihre Entstehungsbedingungen begründet waren auf dem Zusammengehen mit der katholischen Kirche, an die ihr Schicksal geknüpft war, konnte er natürlich nicht wissen.

Luthers Ablasshandel betrachtete Hutten erst als eine theologische Fäulnis, bei der sich wohl beide Parteien gegenseitig erschöpfen würden. Als aber Luther seine Thesen anschlägt, erfüllt Hutten die frohe Zuversicht, daß in ihm der Mann entstanden sei, der der römischen Herrschaft ein Ende bereiten würde. Aber von Luther unterscheidet er sich dadurch, daß er nicht an die Fürsten appelliert und nicht für eine friedliche Lösung eintritt, sondern direkt an die revolutionären Kräfte des Volkes sich wendet, die er zu einer kriegerischen Handlung sammeln will. Er ist also nicht unterschiedener als Luther, er gehört zu den radikalsten Revolutionären seiner Zeit. Er verlangt die Aufhebung der Klöster, die Verringerung der Zahl der Kardinalen, statt hundert, meint er, würde einer genügen. Aber das wollten auch andere, auch Luther. Das Individuelle seiner Forderungen liegt darin, daß die durch diese Maßnahmen gebesserte Position in Deutschland nicht den Fürsten zugute kommen sollte; sie sollten nicht die Kränche davon haben. Das auf diese Weise frei gewordene Geld sollte humanitären

und Bildungszwecken zugeführt und vor allem dem Kaiser für Kriegszwecke zur Verfügung gestellt werden. Hier zeigt sich wieder Hutten's Doppelnatur, der Ritter im bürgerlichen Revolutionär. Auf Heer und Finanzen sollte der neue Staat begründet sein, den er vom Kaiser erhoffte, getragen vom Rittertum und vom Volke. In seinem programmatischen Entwurf einer deutschen Verfassung erbt er sich zu der Größe eines Staatsmannes, dem leider nur noch der Staat fehlte.

Zwei Jahre nach Hutten's Tod unterdrückten die deutschen Fürsten mit Hilfe des deutschen Bürgertums, das feige und verräterisch vor ihnen zurückwich, blutig den deutschen Bauernaufstand. Und damit war das Schicksal der deutschen Reformation besiegelt. Ein gültiges Geschick bewahrte Hutten davor, das Ende, das schmachvolle Ende der deutschen Reformation zu erleben.

Das reaktionäre Bürgertum hat keine Ursache, sich heute an Hutten zu erinnern; es wäre eine gar zu peinliche Erinnerung. Wir aber feiern in Hutten den unerschrockenen Kämpfer für Recht und Freiheit, den tapferen Revolutionär, den Feind aller sozialen Unterdrückung und geistigen Anechtung. In jubelnder Kampfeslust rief er: „Ich hab's gewagt!“ und mußte sterben, da sie noch nicht reif war für die Freiheit. Das Wort aber wollen wir ihm nicht vergessen. In der Entscheidung und im Handeln liegt die stitische Kraft, nicht im Erfolg. Heute ist es die Aufgabe des Proletariats, zu dessen geistigen Vorkämpfern Hutten gehört, zu wagen und zu siegen, die große soziale Mission zu erfüllen, wenn nicht die Menschheit auf immer gefesselt bleiben soll.

Wie die Deutschnationalen für die Arbeitslosen „jorgen“.

Die „Freie Gewerkschaft deutsch-freihheitlicher Arbeiter“, Ortsgruppe Aulzig, Schönbrunn und Schreienstein, entpflanzten dem Schoße der Madame „Deutschdemokratische Freiheitspartei“, Väter unbekannt, veranstaltete am 2. September in Schönbrunn zugunsten ihrer arbeitslosen Mitglieder ein Volksfest, mit Konzert und verschiedenen Belustigungen. Dieses lobenswerte Beispiel verdient allgemein nachgeahmt zu werden. Schon sehen wir hundertausende Arbeitslose von Volksfest zu Volksfest wallen, schmetternde Musik tönt aus allen Orten, und Belustigungen lassen nimmer eine trübe Stimmung aufkommen. E. rückt man der Arbeitslosigkeit zu Leibe und die „Freie Gewerkschaft deutschfreihheitlicher Arbeiter“ verdient den Dank und die Anerkennung aller Welt, daß sie die Arbeitslosenfrage so reiflich und glücklich löst. Wie denn überhaupt diese, wie ihre Frau Mama, die deutschdemokratische Freiheitspartei behauptet, prächtig gedeihende junge Partei von glücklichen Einfällen überschäumt. So erklärt das allkluge Rindlein, daß „nur die Einordnung des Arbeitereinteresses in die Interessen des gesamten Volkes imstande ist, die Arbeiterfrage zu verbessern“. Darum, gebet den Agrariern, den Unternehmern und Hausherren, was des Volkes ist und die Welt wird ein einziges deutschdemokratisches Freudenhaus sein!

Arbeiter, laßt Euch das nicht gefallen! Wir mühten täglich ganze Spalten nur den Gelben widmen, wollten wir alle die Beschimpfungen und Verleumdungen registrieren, die Blätter vom Schloße des Duxer „Tag“ fast in jeder Notiz gegen die deutsche Sozialdemokratie häufen. Es genügt wohl, wenn wir als einzigen Beweis für die bodenlose Frechheit dieses erbärmlichen Streifbrettergesindels folgende zwei Sätze wiedergeben, die sich das Blatt des Knirsch gestern leistete. Es schrieb gegen die Sozialdemokraten:

„Am 16. September wirds ein tüchtiges Fasskraut geben, wobei die Herren die Marcellaise anstimmen können. Den Takt dazu werden wir geben!“

Die gelben Arbeitervertäter verhöhnen also ganz offen das Kampfbild der Revolution, den glühenden Freiheitskang der Internationalen! Das schämt uns denn doch zu viel zu sein und es wird vielleicht hier und da notwendig sein, daß die sozialdemokratischen Arbeiter den Gelben wieder einmal zeigen, welcher Takt kläffenden Röttern gegenüber angewendet ist.

Sie sprechen vor nichts zurück. Der Duxer „Tag“, der den Gedanken der Revolution beschmüzt, indem er die Marcellaise besudelt, schreit auch nicht davor zurück, das persönliche Leid und die Krankheit eines Menschen für die Zwecke der halbkreuzerischen Agitation auszunützen. Er berichtet, daß Genosse Mertz im Braunauer Gebiet „abgefagt“ wurde. Er hätte „die Geschichte fast bekommen“, die „Parteilinie“ hätten ihm „jede aufregende und rednerische Tätigkeit verboten“ usw. In Wahrheit ist Genosse Mertz, der sechs Jahre in russischer Kriegsgefangenschaft war, ein schwerkranker Mann! Daß die Gelben auch ihn in ihren Schmutz hinabzuzerren suchen, zeugt von einer moralischen Verlosterung, über die kein Wort weiter zu verlieren ist.

Bata und die Wahlen. Am Sitz der bekannten Schuhfabrik T. und A. Bata gibt es tatsächlich eine Wahlbarkeit, nämlich eine Bata kandidatenliste. Unter dieser „Firma“ will der Großindustrielle Bata die Gemeindevertretung beherrschen. Die von ihm ausgegebene Zeitung bringt auch den Wahlaufruf, der durch seine Servilität an das Mittelalter erinnert. Bata diktiert einen Wahlaufruf und die Arbeiter müssen ihn unterschreiben, sonst droht ihnen Entlassung. Natürlich hat die „amerikanische“ Neuheit Bata die begeisterte Zustimmung der „Marodni Visty“ gefunden. Ja, es wäre ein herrlicher Zustand, wenn die nationaldemokratischen und deutschnationalen Fabrikanten ihren Arbeitern beschließen könnten, wen sie in die Gemeinden entsenden sollen. Eine seine Demokratie, die Demokratie der „Nationaldemokraten!“

In gewissen Gemeinden keine Wahlen! Unter diesem Titel gaben wir gestern eine Mitteilung der politischen Landesverwaltung wieder, in der es hieß, daß auch in Aulzig nicht gewählt wird. Wie nun von der politischen Landesverwaltung mitgeteilt wird, handelt es sich hier um einen Irrtum. In Aulzig wird gewählt, in Wilden- schwert hingegen finden die Wahlen nicht statt. Der Irrtum erklärt sich aus der Gleichheit der tschechischen Namen dieser Orte. (Beide heißen nämlich tschechisch Usti.)

Von der Aulziger Wahlbewegung. Dienstagabend fand eine außerordentlich gut besuchte Wählerinnenversammlung in Aulzig statt, in der Genosse Böllina referierte. Die Versammlung verlief in ausgezeichneter Stimmung und die Beschlüsse gingen mit dem festen Entschlusse auseinander, alles für den Sieg der sozialdemokratischen Kandidatenliste aufzubieten. Mittwoch und Montag finden große Versammlungen der Anwesenden, Arbeiter und Beamten der Aulziger Gemeinde statt, in denen Bürgermeister Genosse Böllig sprechen wird.

Drohende Sprache Englands.

Italien darf sich dem Völkerverbund nicht entziehen. — Neuerliche Vertagung des Beschlusses.

London, 4. September. (Amtliches Radio.) Bezüglich der Absicht Italiens, Genf zu verlassen und aus dem Völkerverbunde auszutreten, wird hier betont, daß der Völkerverbundspakt für die Mitglieder Verpflichtungen enthält, über welche sich diese, wenn sie einmal unterfertigt haben, nicht so leicht hinwegsetzen können. Der erste Artikel des Paktes legt ausdrücklich fest, daß ein Mitglied des Völkerverbundes nur nach zweijähriger Kündigung und lediglich dann austreten könne, wenn es allen seinen Verpflichtungen entsprochen und sämtliche durch den Pakt vorgeschriebenen Bestimmungen erfüllt hat. Jede überstürzte Handlung würde im Großbritannien Bedauern hervorrufen, doch läßt sich nicht vorhersagen, welche Folgen sich für die übrigen Mächte aus dem Ungehorsam irgend einer Macht ergeben würden, wenn sie die vom Völkerverbunde vorgeschriebenen Verpflichtungen nicht erfüllen würde. Die aus Genf einlaufenden Telegramme bestätigen übereinstimmend, daß die in Genf vertretenen Mächte die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Autorität des Völkerverbundes vollkommen anerkennen, Frankreich sei zur diesbezüglichen Mitarbeit entschlossen. Die Beschwerden Italiens haben hier volle Anerkennung gefunden und finden sie auch jetzt noch. Das Bombardement und die Besetzung Korfu haben leider eine Situation geschaffen, welche sich der Kompetenz des Völkerverbundes entzieht. Der Appell an den Völkerverbund ist vollkommen berechtigt und darf nicht übersehen werden. Es wird hier hervorgehoben, daß die Angelegenheit ein Lebensinteresse nicht bloß für den weiteren Bestand des Völkerverbundes, sondern auch für die Sicherheit der kleinen Staaten ist.

Berlin, 5. September. Die „B. Z.“ am Mittag“ läßt sich aus London melden: Anfangs seiner Pariser Besprechungen mit Poincaré war Lord Curzon in der Lage, dem italienischen Völkerverbunde gestern abends in einer neuen Unterredung zu erklären, daß die englische Regierung in vollem Einverständnis mit Frankreich entschlossen sei, die Zuständigkeit und Autorität des Völkerverbundes in dem italienisch-griechischen Konflikt nachdrücklich zu wahren.

Genf, 5. Sept. (Schw. N.). Die mit großer Spannung erwartete Sitzung des Völkerverbundes

am Mittwoch vormittags brachte keine Entscheidung im griechisch-italienischen Konflikt. Zu den Erklärungen Solandras, wonach die Völkerverbunderkonferenz allein zuständig sei für die Behandlung des Konfliktes, erklärte der griechische Vertreter Politis, es sei nicht richtig, daß sich Griechenland seiner Verantwortlichkeit entziehen wolle, wenn es sich an den Völkerverbund wende. Wenn aber der Völkerverbund in dieser Frage nicht Stellung nehme, bedeute das überhaupt das Ende des Bundes. Der Japaner Ishii beantragte die Verschiebung der Diskussion auf eine nächste Sitzung, damit die Ratmitglieder einerseits zu der italienischen Erklärung Stellung nehmen und andererseits die von Griechenland gemachten Anregungen von den interessierten Regierungen geprüft werden könnten. Lord Robert Cecil betont, es sei notwendig, daß der Völkerverbundspakt zur Anwendung gebracht werde, da sonst die Grundlagen des heutigen Europas erschüttert würden.

Eingreifen der Völkerverbunderkonferenz.

Paris, 5. September. (Zch. W.) Wie der „Matin“ meldet, wird die Völkerverbunderkonferenz heute vormittags fast zu gleicher Zeit wie der Völkerverbundrat zusammengetreten, um sich mit dem italienisch-griechischen Streitfall zu beschäftigen.

Die Völkerverbunderkonferenz überprüfte die griechische Antwort und gab zu Protokoll: 1. daß Griechenland allen von der Konferenz festgesetzten Reparationen zustimmt, wenn seine Verantwortung erwiesen sein wird. 2. Der griechische Vorschlag zur Bildung einer Untersuchungskommission, die aus Delegierten der in der albanischen Delimitationskommission vertretenen Mächte zusammengesetzt wäre. Die Völkerverbunderkonferenz konstatierte den international gültigen Rechtsgrundsatz, welcher die Verantwortung der Staaten für politische Verbrechen und Angriffe, die auf ihrem Gebiete erfolgt sind, festsetzt. Die Konferenz studierte dann sogleich die Modalitäten der Untersuchung. Die Konferenz wird bis Samstag nochmals zusammengetreten. Die Beschlüsse wurden dem Völkerverbunde mitgeteilt.

Der Kampf der Bergarbeiter.

Der 15. Streiktag.

In der am heutigen Tage stattgefundenen gemeinsamen Sitzung der Zentralstreikleitung mit den Vorsitzenden der Revierstreikleitungen wurde nach Erstattung der Situationsberichte festgestellt, daß in der Streiklage keine Änderungen eingetreten ist.

Weiter wurde beschlossen, daß die Revierstreikleitungen an die Bergwerksunternehmer Eingaben wegen der Löhne der bei den Sicherungsarbeiten beschäftigten Arbeiter zu richten haben. Die Streikleitungen stehen auf dem Standpunkt, daß diesen Arbeitern bis zum eventuellen Abschlusse

neuer Vereinbarungen der Lohn nach den alten Verträgen gebührt.

Charakteristisch für das Vorgehen der Revierbergämter ist die Mitteilung der Revierstreikleitung von Jallanau, wonach das dortige Revierbergamt — nach seiner Behauptung auf Weisung der Regierung — die Anfrage stellte, ob die Revierstreikleitung zu Verhandlungen bereit sei. Selbstverständlich erfolgte die Antwort, daß zu Verhandlungen die Zentralstreikleitung kompetent ist. Die gemeinsame Beratung traf schließlich entsprechende Beschlüsse für die morgige Reichsversammlung der Bergarbeiter.

Die Vertreter der Gewerkschaftszentralen beim Minister für öffentliche Arbeiten.

Den durch Kohlennot arbeitslos gewordenen gebührt Arbeitslosenunterstützung

Gestern mittags fanden sich die Vertreter der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigungen und des deutschen Gewerkschaftsbundes beim Minister für öffentliche Arbeiten ein, der auch bevollmächtigt war, sie in Vertretung des erkrankten Ministerpräsidenten zu empfangen. Der Zweck der Besprechung war, die Regierung zu fragen, welche Schritte sie zu unternehmen gedenke, um den weiteren katastrophalen Folgen des Bergarbeiterstreikes zu begegnen. Die Vertreter wiesen darauf hin, daß in einer Reihe von Fällen die Produktion eingeschränkt wird, ohne daß es notwendig ist, nur damit der Bergarbeiterstreik als Anlaß zu weiteren Angriffen auf die wirtschaftliche Stellung der Arbeiterschaft genommen werde. Die Vertreter der Gewerkschaftszentralen betonten, daß nur die Annahmefähigkeit der Bergbauarbeiter eine Einigung erschwere.

Der Minister für soziale Fürsorge antwortete ausführlich auf die vorgebrachten Einwendungen der Delegation und betonte insbesondere, daß ein Punkt zwischen der Herabsetzung der Kohlenabgabe und der Lohnregelung insofern nicht besteht, als die Herabsetzung der Kohlenabgabe nicht abhängig ist von einer Herabsetzung der Löhne. Er wies auf frühere Regierungserklärungen hin und sagte, daß

er ununterbrochen bestrebt sei, den Konflikt beizulegen und seine Bereitwilligkeit erklärte, die Rolle des Vermittlers weiter zu übernehmen, wenn beide Parteien seine Dienste in Anspruch nehmen. Der Minister hat die Aktion dargelegt, welche weitere Verhandlungen ermöglichen soll, insbesondere die genaue Feststellung der Unterschiede, welche zwischen den Verhältnissen der Vorkriegszeit und den jetzigen bestehen. Minister Erba betonte ausdrücklich, daß er nicht die Absicht verfolge, die Löhne der Bergarbeiter auf das Vorkriegsniveau gelangen zu lassen. Er erklärte auch, daß er die Gewerkschaftszentralen einladen werde, damit sie die Verhandlungen verfolgen können. Gleichzeitig erklärte der Minister in seinem eigenen und im Namen des Ministers für soziale Fürsorge, daß den Arbeitern, welche infolge von Kohlenmangel arbeitslos geworden sind, die Arbeitslosenunterstützung gebühre, sofern nicht der Unternehmer absichtlich die Arbeitslosigkeit hervorgerufen und die Möglichkeit hat, weiter arbeiten zu lassen.

Die Delegation nahm nach längerer Diskussion die Antwort zur Kenntnis, und erklärte, daß sie sie den delegierenden Korporationen zwecks weiterer Entscheidung vorlegen werde.

Eine glückende Antwort.

Auf die schamlosen Frechheiten, mit denen die vorwiegend ausländischen Repräsentanten des tschechen Grubenkapitals in Palaten und Audienzen die Streikenden zu provozieren fortfahren, gibt das dortige Revierstreikkomitee eine treffende

Antwort. An der Hand eines genauen Ziffermaterials wird das Lügengewebe der Grubenproben rücksichtslos zerrissen und zum Schluß gesagt:

„Nachdem die Unternehmer ununterbrochen die Löhne der Bergarbeiter mit den Löhnen anderer Arbeiter verglichen, sogar auf Grund unwahrer Ziffern, sehen wir uns ge-

zwungen, ebenfalls einen Vergleich anzustellen, der für die Öffentlichkeit von Bedeutung ist. Das ist der Vergleich der Gehälter der höheren Betriebsbeamten mit den Gehältern der Staatsbeamten. Die höheren Betriebsbeamten und Direktoren der Grubenunternehmungen, beziehen jährliche Gehälter von 100.000 K bis über 300.000 K! Die Staatsbeamten von gleichem Rang beziehen jährliche Gehälter von 20.000 K bis 60.000 K. Dabei beziehen die Betriebsbeamten und Direktoren der Grubenunternehmungen noch Tantiemen, welche die jährlichen Gehälter der Staatsbeamten erreichen oder übersteigen. Die Betriebsbeamten und Direktoren besitzen außerdem Villen, die Schlössern gleichen, mit 16 und mehr Zimmern, die auf Kosten des Werkes aufgebaut und ihnen samt den wundervollen Gärten zur unbeschränkten Benutzung zugewiesen wurden. Es stehen ihnen zur freien Verfügung Autos oder Wagen und Pferde des Wertes, Chauffeurs oder Kutscher, Gärtner, Wächter und Dienstmädchen, sie bekommen die Beheizung, Beleuchtung, Malerei, Reparaturen, alles auf Kosten des Werkes. Vielfach lassen sie sich sämtliche Gebrauchsgegenstände für ihren Haushalt, sogar Möbel, auf den Werken anfertigen. Vom Werk bezahlte Arbeiter bebauen ihre Felder und Gärten. Ihre Einnahmen vom Werke einschließlich der Naturalien betragen jährlich einige Hunderttausend bis zu einer Million Kronen. Um wieviel Prozent haben sie also höhere Gehälter als die Staatsbeamten gleichen Ranges? Und doch können sie nicht behaupten, daß ihr Amt oder Beschäftigung beschwerlicher oder aufregender als die Beschäftigung der Staatsbeamten ist.

Das steht die Öffentlichkeit nicht? Wenn es notwendig ist, die Erzeugungskosten herabzusetzen und wenn der ohnehin ungenügende Lohn der Bergarbeiter angegriffen wird, dann muß zuerst dort gespart werden, wo das Sparen möglich und begründet ist. Erst wenn das alles nicht genügt, dann können von den Bergarbeitern weitere Opfer verlangt werden und zwar in einem solchen Maße, daß die Existenz der Bergarbeiter dadurch nicht bedroht wird.

Alle Behauptungen der Unternehmer, daß es sich um Verbilligung der Kohlenpreise und Hilfe für unsere gesamte Volkswirtschaft handle, sind Phrasen und ein Demantel für die wahre Absicht der Unternehmer und des Industrieländerverbandes: die Löhne der Bergarbeiter auf das vorkriegszeitliche Niveau herabzubringen und die Bergarbeiter in ihre frühere, an Not, Hunger und Leiden, reiche Verfallsbahn zurückzuführen.“

Die Beschlagnahme der Kohlenvorräte.

Wir konnten bereits in unserer gestrigen Ausgabe über die von der Regierung im Verordnungswege verfügte Beschlagnahme der Kohlenvorräte berichten. Nun hat sich endlich auch die Regierung entschlossen, diese Maßnahme der Bevölkerung allgemein zur Kenntnis zu bringen. Sie läßt durch das Ministerium für öffentliche Arbeiten verlautbaren:

Auf Grund des § 3 des Kohlenbewirtschaftungsgesetzes vom 9. April 1920 werden bis auf weiteres mit dem heutigen Tage die Vorräte von Braunkohle und Steinkohle und Koks mit Ausnahme von Staubkohle auf sämtlichen Bahnhöfen Groß-Prags, sowie in den Kohlenlagern der Handelsfirmen unter Sperre gestellt, und es dürfen die genannten Kohlenorten mittels Fuhrwerken und Waggons nur über schriftlichen Auftrag des Ministeriums für öffentliche Arbeiten (Dep. 5, Abt. 24 A) für wichtige bringende Zwecke geliefert werden. Jede Lieferung dieser Kohlenarten muß durch eine schriftliche Bewilligung gedeckt sein. Um diese Bewilligung kann der Konsument auf schriftlichem oder im kurzen Wege ansuchen, wobei eine gebührende Legitimierung erforderlich ist.

Die Bevölkerung büßt für die Grubenproben.

Die gestrige „Reichenberger Zeitung“ enthält folgende Mitteilung:

(Sparmaßnahmen infolge Kohlenmangels.) Infolge des Bergarbeiterstreikes macht sich Kohlenmangel bemerkbar, welcher eine Beschränkung der Stromabgabe aus dem elektrischen Ueberlandwerke Reichenberg und aus dem städtischen Elektrizitätswerke notwendig macht. Es wurde daher verfügt, daß von heute ab bis auf weiteres im Stadtgebiete die öffentliche Beleuchtung ausschließlich durch das städtische Gaswerk besorgt und die städtische Straßenbahn nur bis 8 Uhr abends in Betrieb gehalten wird. Die letzten Straßenbahnwagen werden von den Endstellen um dreieinhalb acht Uhr abgelaufen. Zur Streckung der Kohlenvorräte, wird der Bevölkerung dringend ans Herz gelegt, die Entnahme von Strom für Beleuchtungszwecke tunlichst einzuschränken.

Solche Anzeigen sind nun zu Dubenden in deutschen und tschechischen Zeitungen vorzufinden. Man kann sich leicht ausrechnen, wann trotz aller energischer Streckung der Kohlenvorräte die Bergwerksbesitzer das gesamte Wirtschaftsleben im Staate zur Strecke gebracht haben werden. Und die Regierung sieht zu und läßt das Unheil herantommen?

Der Herr Minister für öffentliche Arbeiten wird um Aufklärung gebeten. Das „Rade Beave“ brachte vor einigen Tagen die Mitteilung, daß der Vorstand der Kohlenabteilung im Ministerium für öffentliche Arbeiten, Dr. Fischer Aktionär eines Kohlenwerkes ist. Wir haben diese Mitteilung nicht vermerkt, weil wir abwarteten, ob Sekundäres Dr. Fischer diese Nachricht dementieren wird. Dies ist bisher nicht geschehen und es muß aus Gründen der öffentlichen Moral darauf gedrungen werden, daß diese Angelegenheit aufgeklärt wird, denn es ist ein unerträglicher und unhaltbarer Zustand, wenn der Mann, der der Vermittler zwischen Arbeitern und Unternehmern im Bergarbeiterstreik ist, materiell an einem Kohlenwerke interessiert ist, und daher innerlich den Standpunkt der Unternehmer teilt. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat allen Grund, Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen.

Telegramme.

Zuspitzung des Streites um Fiume.

Auspeitschung des Patriotismus in Belgrad.

Belgrad, 4. September. (Tsch. B. B.) Gegenüber der römischen Meldung, daß die paritätische Kommission ihre Arbeit mit einer Verständigung beendet habe, wurde den Vertretern der Belgrader Presse von maßgebender Stelle erklärt, daß zwischen der jugoslawischen und der italienischen Delegation noch keine Vereinbarung erzielt wurde. Italien hat erst jetzt sehr übertriebene Forderungen unterbreitet. Es ist deswegen sehr wahrscheinlich, daß es nicht zu einer Verständigung kommen wird. Die Arbitrage des Präsidenten der Schweiz erscheint unausweichlich. Der „Balkan“ fordert die Regierung auf, die übertriebenen Forderungen Italiens rundweg abzulehnen und gegenüber Italien jenen Standpunkt einzunehmen, welcher dem jugoslawischen Volke, seinen Opfern und seiner Ritterlichkeit im Weltkriege entspricht. Es sei Pflicht der Regierung, die Ehre des serbischen Volkes zu schützen. Die „Politika“, welche über die gestern abends abgehaltene Ministerkonferenz berichtet, führt aus: Italien maskierte in seinen letzten Vorschlägen den Wunsch, Fiume zu annektieren. Unsere Regierung vertritt den Standpunkt, daß ein Fiume-Freistaat bestehen muß, wenn an der Adria ein längerer Friede gewünscht wird.

Ausgehend von dem Standpunkte, daß das gegenwärtige Gleichgewicht am Balkan nicht geändert werden darf, beschloß die Regierung in der gestrigen Ministerkonferenz, im italienisch-griechischen Streitfall Reserve zu bewahren, die Entwicklung der weiteren Ereignisse aufmerksam zu verfolgen, ihren Standpunkt aber jenem internationalen Forum, welches mit der Entscheidung des Streitfalles betraut wird, bekanntzugeben.

Devisen- und Preisaufschlag.

Berlin, 5. September (Eigenbericht). An der heutigen Börse ist der Dollar von 13 auf 20, das englische Pfund von 58 auf 90, Schweizer Frank von 2.3 auf 3.6 Millionen und die Tschechokrone von 385.000 auf 500.000 gestiegen; an der Nachbörse ging der Dollar auf 26 Millionen in die Höhe.

Für die Preisentwicklung können folgende Beispiele genannt werden: Ein Pfund Margarine zwei, Schmalz drei, Butter, die fast nicht erhältlich ist, vier bis fünf Millionen; für bessere Fleischsorten werden vier, für billigere 2½ Millionen verlangt. Ein Ei kommt auf 350.000 Mark, markenfrees Brot kostet 1.050.000 Mark, ein Brot 500.000 Mark.

Kein Metallarbeiterstreik in Berlin.

Berlin, 5. September (Eigenbericht). Der Streik der Angestellten der Metallindustrie ist vorläufig vermieden, da sich bei der Urabstimmung keine statutenmäßige Mehrheit für den Streik ergab. In einer Versammlung der Funktionäre der Angestellten wurde erklärt, daß der jetzige Verzicht auf die Arbeitsniederlegung nicht die Bedeutung haben könne, daß die Angestellten sich mit dem Angebot der Unternehmer zu Friede geben.

Wahlabschließvereinbarungen in Oesterreich.

Wien, 5. September. (Eigenbericht.) Zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen ist heute ein Nebereinkommen geschlossen worden, um eine ruhige Wahltagung zu ermöglichen. Darnach haben sich die Christlichsozialen verpflichtet, die sozialdemokratischen Versammlungen, insbesondere auch die in den Dörfern, weder zu stören noch ihnen den Saal abzuziehen, die Plakate nicht herunterzureißen und die Verteilung sozialdemokratischer Flugblätter nicht zu verhindern. Die Sozialdemokraten in Orien, wo sie die Stärkeren sind, auf sich genommen.

Tages-Neuigkeiten.

Wir Frauen.

Von Eddy Großmann-Dickmann.

Sätereinnen sind wir Und Schaffnerinnen zugleich, Berufserinnen auch im witzigen Reich; Der Menschheit vielgepriesenes Gut Bewachen seit der Vorseit Frauen Wir Frauen. Und wir hätten in Treue die heilige Glut, All unser Streben und Kraft und Blut Verzehret das heilige Glutchen... Es ist ein ewiges Mähen Um eine kleine, liebe Welt, Die unsre Hand zusammenhält. Ein Mähen, von dem niemand weiß, Ein Mähen ohne Lob und Preis, Ein Mähen aus steter, stiller Kraft, Die lebt und glüht und Wärme schafft. Ein liebes Mähen. Des Hauses Herd Ward unsres Lebens Ziel und Wert. Doch kommt gemach ein Tag heran, Dann wird die Türe aufgetan Von unserm engen, kleinen Haus. Da treten wir ins Licht hinaus. Dann dienen wir der Zeit Und der Einigkeit, Zu der die Menschheit den Weg gefunden. Dann sind wir der heiligen Pflicht entbunden. Ein kleines, eignes Reich zu stiften, Einem wird dann den andern schätzen, Und Feindes Hand Ist unbekannt. Und wir grüßen den nächsten Tag, Wenn auch unsre Kraft Am Weltmarkt schaffet. Wenn auch wir frei wirken und bauen, Wir Frauen!

Herbstmanöver.

Ein Genosse schreibt uns aus Zwickau: Und wenn du es nicht aus den Zeitungen gelesen hast, kannst du es hierzulande aus der Luft riechen und hören. Du kannst es aber auch sehen; Benzinmotor von den durchwandelnden Militärautos. Schwere Motorgeschütze durchstrahlen die sonst so stillen Straßen des Städtchens und machen den Boden erdröhnen. Die Luft wird von Propellern gepeitscht, die ganze Luftgeschwader in Bewegung setzen. Und das alles erst der Anfang! Was und wieviel wird noch folgen in diesen Tagen! Alles so heute, wie einst! Damals deutsch — heute tschechisch. Alles trotz des kaum beendeten Weltkrieges. Man sollte meinen, daß die Gehirne der Menschen durch das mehrjährige, planmäßig betriebene Hinterschlachten gereinigt worden wären. Rein! Noch mehr vergastet, noch mehr umnebelt sind die Gehirne; zum Leidwesen des arbeitenden Volkes, das letzten Endes immer und immer wieder die Fische bezahlen muß. Auf dem Marktplatz stehen neun Kavallerieposten. Um diese herum Hunderte Menschen. Sie stehen alle, stumm und gaffen, wie wenn sie noch kein Pferd, geschweige denn ein Kavalleriepferd gesehen hätten. Und denken diese Leute nicht an die Folgen dieser vielen im Kriege gerittenen Kavallerieposten. Hört man nicht wieder das Wimmern, Winkeln und Klagen, das Jammern und Heulen der zu Tode verwundeten Menschen? Die Menschheit hat bis auf wenige alles, alle Not, alle Trübsal, allen Hunger, kurz alles Kriegselend schon verstanden. In wenigen Tagen sind Gemeindevorstände. Wen werden die Gaffer wählen? Die Anhänger der Durchhaltepolitik, die das oben mit wenigen Worten geschilderte Elend der Menschheit verschuldet haben.

Wir aber? — Wir wollen am 18. September den Durchhaltern abermals einen Denkzettel geben.

Genosse Neumann verzichtet auf eine Wiederwahl zum Bürgermeister von Wien. Genosse Neumann, der im Wiener Gemeinderat den Bezirk Favoriten vertritt, richtete an seine Wähler ein Schreiben, in dem er die Absicht kundgibt, in dem bevorstehenden Wahlaufe nicht mehr kandidieren zu wollen. Er erwidert daher seine Wähler, deren Mandatar er seit länger als zwanzig Jahren im Abgeordnetenhaus und in der Gemeindevertretung war, von der Wiederbestellung seiner Kandidatur Abstand zu nehmen und begründet diesen Wunsch mit seinem — er steht im 70. Lebensjahr — vorgerückten Alter. Neumanns bevorstehendes Ausscheiden aus dem öffentlichen Leben wird auch von der bürgerlichen Presse mit warmen Nachrufen kommentiert; sie ergreift sich dabei in Kombinationen über seinen Nachfolger, wobei die Namen Seib, Renner und Emmerling genannt werden. Die Partei hat aber darüber noch keinen Beschluß gefaßt und es ist auch fraglich, ob vor den Wahlen darüber ein Beschluß gefaßt werden wird.

Noch ein postlicher Mord in Paris. Wie die „Liberté“ meldet, ist Montag in Paris wiederum ein italienischer Faschist von einem italienischen Kommunisten ermordet worden. Der Mörder wurde verhaftet.

Ordnung muß sein! Als ein Bombardier G. Schickmann im April d. J. mit seinem Auto nach Darmstadt fuhr, ahnte er noch nicht, daß diese Fahrt solche Folgen haben werde. Denn er fuhr in Darmstadt ganz harmlos auf der einen Seite des Ernst Ludwig-Denkmal und wachte nicht, daß es die falsche Seite sei. Aber der Schickmann wachte es und schrieb es auf, nämlich die Nummer des Pagens. Sein Eigentümer wurde auf dem Dienstwege ermittelt und dann in Hamburg wegen der Übertretung vernommen. Das Protokoll ging nach Darmstadt, und von dort kam nun vor einigen

Tagen ein Schreiben des Darmstädter Kreisgerichts mit Zustellungsbekunde. Dieses Schreiben war mit zwölf Marken zu 4000 Mark und einer Marke zu 2000 Mark frankiert, und es enthielt einen Strafbefehl auf eine Geldstrafe von 1500 Mark und Zahlung der Kosten des Verfahrens, die mit 400 Mark angelegt waren. Man hat also 30000 Mark für Porto ausgegeben und dafür 1900 Mark eingetrieben... Man könnte meinen, aber sicherlich wäre die Meinung falsch. Denn Ordnung muß sein. Wobei wir an eine andere Geschichte erinnern werden, die auch ihren Reiz hat. Bismarck erzählt in seinem dritten Bande: „Ich wurde veranlaßt, die Duodez meines am 1. Januar erhobenen Quartalsgehaltes für die elf Tage vom Datum meiner Verabschiedung (20. bis 31. März) wieder herauszugeben.“

Hundeseife gesucht. Das französische Nordseebad Deauville ist gegenwärtig das Zielbild der internationalen Schieberaristokratie und Wucherer-Elite. Die neuen und alten Ritter vom Goldbeutel verpulvern hier mit ihren Weibern die mühselig erworbenen oder ererbten Milliarden. Von der dort herrschenden „Kultur“ geben folgende Einzelheiten ein erbauliches Bild: Die jungen Damen pflegen nach eingekommenem Bad mit ihren raffinierten Badestümmen, die sich dank der Kräfte des Körpers noch fester anschmiegen und seine Formen plastischer hervortreten lassen, in den eleganten Restaurants zu sitzen. Um keine Zeit zu verlieren, lassen sie sich dabei in voller Dessenlichkeit manövrieren, worauf sie sich in ihre Gemächer zurückziehen, wo sie von Massagen und „Professoren der Schönheitskunst“ für die abendliche Lustbarkeit insandgeleitet werden. In dieser Lustbarkeit gehört natürlich in erster Reihe auch die Betätigung in den Spielfächern, wo in diesem Jahre Umsätze von einer Höhe erzielt werden, wie man sie nie zuvor erlebt hat. Für den Rest der diese Gesellschaft besetzt, ist eine Ankündigung charakteristisch, die dieser Tage durch Maueranschläge und Inserate in der Lokalpresse verbreitet wurde. Die Herzogin Armstrong suchte hier eine Jose für ihre Hunde. Die steinerne argentinische Dame ist in der Tat mit nicht weniger als 30 Hunden in Deauville eingezogen und hat mit ihrer vierfüßigen Gesellschaft im vornehmen Hotel Royal Wohnung bezogen. Die Hunde bewohnen fünf der schönsten Zimmer des Hotels und werden von drei Josen gepflegt und bedient. Da eine dieser Josen des Hundebesitzes müde geworden war, so war die Herzogin genötigt, sie in aller Eile zu ersetzen. Wenn die 30 Hunde ihr Bad nehmen, so hat jeder seine eigene Kabine. — Eine Gesellschaftsordnung, deren Kultur derartige Blüten zeitigt, ist zum Untergange überreif.

Verhängnisvoller Irrtum. Die dreißigjährige Strumpfwirkerin Barbara Dolansky in Chlumitzschan bei Dobruja ging Samstag abends in einen Schuppen, um Holz zu holen. Passanten, die dort ein verdächtiges Geräusch hörten, vermuteten Einbrecher und verständigten die Gendarmen. Ein Gendarm forderte mehrere Male zum Verlassen des Schuppens auf. Als sich jedoch niemand zeigte, nahm er an, daß sich Diebe eingeschlichen hatten und gab aus einem Revolver zwei Schüsse ab, von denen einer die Dolansky in den Unterleib traf. Die Unglückliche wurde schwer verletzt.

Raubmord. Der Chauffeur des Postautomobils Franz Prskal in Planitz erstattete bei der Gendarmerie die Anzeige, daß er, etwa drei Kilometer von Planitz entfernt, im Walde die Leiche eines Mannes auf einem Baume hängen gesehen habe. Es wurde festgestellt, daß der auf dem Baume Hängende auf der Landstraße ermordet und dann herabgeworfen sei, worauf ihn der ober die Täter in den nahen Wald geschleppt und dort auf einen Baum aufgehängt haben, um vorzutäuschen, daß es sich um einen Selbstmord handle. Man glaubt, daß es sich um einen rumänischen, italienischen oder jugoslawischen Fälscher handle, der bei seiner Geschäftstätigkeit ein Opfer räuberischen Überfalles geworden ist. Die Gendarmen hat bereits einige der Tat verdächtige Personen eingezogen.

Der Zusammenbruch der Bohemabank. Ueber Antrag der Staatsanwaltschaft wird das Strafverfahren wegen Betruges und betrügerischer Stride in Angelegenheit der Bohemabank durchgeführt werden. Anklagen wurden erstattet gegen den ehemaligen Generaldirektor Dr. Kubisek, die Direktoren Bisecky, Weigner, Dr. Slavik, Havel, Dr. Biskovsky und den Direktor der Prager Filiale Slavacek. Die Anklage beschuldigt die Erwidner, daß sie betruht dem Verwaltungsrat falsche Nachrichten und falsche Bilanzen vorgelegt haben.

Einweisung von Touristenjünglingen. Infolge der schwachen Frequenz wurden von der Prager Staatsbahndirektion einige Touristenjünglinge, die an Sonn- und Feiertagen von Prag nach Eisenstein, Turunau, Bodenbach, Böhmisch-Trübau und zurück verkehrten, eingestellt. Diese Schenkzüge werden im heurigen Jahre nicht mehr verkehren.

Witterungsübersicht am 5. September. Dienstag erreichte die Temperatur fast an keiner Stelle der Republik 20 Grad Celsius. Böhen hatte wechselnde Bewölkung mit einzelnen Regensprühern. Der ganze Osten des Staats war dagegen trüb und sonnenlos, in Währen und Schlesien zwar trocken, in der Slowakei indessen noch sehr regnerisch, die mittlere Slowakei meldet ansehnliche Regenmengen (St. Smolovec 16, Dr. Bodzamat 17, Lushencec 21 Millimeter). Erst in der Nacht auf Mittwoch heiterte es sich in allen Gegenden der Republik aus, wobei die Temperatur kräftig zurückging und in den Tälern Nebelbildung eintrat; an einigen Stellen betrug das Nachtminimum nur 3 Gr. C., in Raschob 2 Gr. C., in Wildenswert 1 Gr. C. Die Wirkung der südeuropäischen Störungen ist jetzt zwar abgeschwächt, das Wetter wird jedoch nimmere von einer anderen Seite aus unruhig gemacht: Der erste Ausläufer der nordatlantischen Depression ist über Skandinavien angelangt und hat bereits Mittwoch vormittag Böhen mit härterer Bewölkung erreicht,

weitere Ausläufer düstern in kurzen Abständen folgen. Der Wind hat von Ost und Nord nach Westen umgeschlagen und leichte Erwärmung gebracht. — Wahrscheinliches Wetter am 6. September: Wechselnd bewölkt, unbeständig. Mäßig warm. Westwinde wechselnder Stärke.

Prager Chronik.

Die Einnahmen der elektrischen Straßenbahn.

Nach dem Halbjahrsbericht der Prager elektrischen Straßenbahn wurden im heurigen Jahre vom 1. Jänner bis 31. Juli für Tramway-Abonnementsarten 11.531.970 K. eingenommen. Gegen das Vorjahr bedeutet dies ein Minus von 483.797 K. Für Fahrkarten wurden in den Berichtsjahren 1927 96.979.952 K., um 1.209.886 K. mehr wie im Vorjahre, eingenommen. Die Gesamtsumme der Einnahmen für Personenbeförderung betrug im ersten Halbjahre 1928 78.511.922 K., um 726.088 K. mehr als im ersten Halbjahre 1927.

Aus dem Polizeibericht.

In das Steueramt in Turdovschin bei Turocz St. Martin wurde in der Nacht zum 30. August eingebrochen. Den Tätern fielen 135.000 K. in die Hände. — Gestern nachmittags gegen 3 Uhr stieß das mit Ziegeln beladene Lastauto OVI 976, aus der Refazanka kommend, mit einem Straßenbahnwagen der 14er-Strasse, der in der Richtung zum Heinrichsturm fuhr, zusammen. Der Knie der Automobils wurde eingedrückt, der Motor stark beschädigt. Dem Straßenbahnwagen wurde die linke Seitenwand eingedrückt und der Schutzrahmen gebrochen. Nach Aussagen des Chauffeurs hat dieser rechtzeitig von der Duppe Gebrauch gemacht.

Gerichtssaal.

Banknotenfälschung — zehn Jahre Kerker.

Prag, 5. September. Vor dem Prager Geschworenensand heute die Verhandlung über eine Banknotenfälschungssache statt, die bereits einmal im Prager Schwurgericht beschäftigt hatte und deren Urteil vom Obersten Gerichtshof kassiert worden war. Bei der Frühjahrsession des Prager Schwurgerichtes war Josef Kun aus Kaspilany in Ungarn wegen Fälschung von tschechoslowakischen 500-K-Noten zu fünfzehn Jahren schweren Kerkers verurteilt worden. Dieses Urteil hatte das Oberste Gericht wegen Unvollständigkeit des Gerichtsverfahrens kassiert und eine neue Verhandlung angeordnet. Aus der Anklageschrift geht hervor, daß Kun als Mitglied der unter Führung des auch aus dem Vaxan-Prozesse bekannten Professors Julius Mejzaroec sich es zur Aufgabe gesetzt hat, falsche 500-K-Noten in der Slowakei in Umlauf zu bringen, um auf diese Weise das Vertrauen der magyarischen Minorität zur tschechoslowakischen Währung zu erschüttern und der magyarischen Irredemia Vorhändnisse zu leisten. Kun war nach den Angaben der tschechischen Staatspolizei an den Teilhaber einer Budapester Bankfirma Telnor herangehtreten, um dessen Mitwirkung bei dem Plane zu erreichen. Telnor ging auf die Vorschläge Kun ein, machte jedoch der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Budapest Mitteilung davon. Unter Beihilfe Telnors wurde Kun dann nach Prag gelockt und hier verhaftet. In der Untersuchungsphase gestand Kun ein, daß er von Mejzaroec für 20 Millionen falsche 500-K-Noten erhalten habe. Er bestritt jedoch entschieden, an der Verfertigung dieser Noten beteiligt gewesen zu sein. Nach durchgeführtem Beweisverfahren bejahten heute die Geschworenen sämtliche Schuldfragen, worauf Kun zu zehn Jahren schweren Kerkers verurteilt wurde.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Wie die Regierung die Preise abbaut?

Während das Volksernährungsministerium jeden Augenblick in irgend einem Kommuniqué verkündigt, daß seine auf den Preisabbau gerichtete Tätigkeit nicht stillsteht — sonst würde ja niemand wissen, warum dieses Ministerium existiert — ist das Handelsministerium mit allen Kräften bemüht, die Preise in die Höhe zu treiben. Seit dem 1. September sind die Einfuhrgebühren für eine Reihe von Massenartikeln erhöht worden. Für Tee zahlte man früher eine Einfuhrgebühr von 1/2%, nach dem 1. September 5%, für Feigen früher 1/2%, jetzt 2%, für Weinbeeren früher 1/2%, jetzt 5%, Mandeln früher 1/2%, jetzt 2%, Sultaninen gleichfalls 5%, bei wech letzterem Artikel noch hinzukommt, daß man ohnehin für die Einfuhr eine 17%ige pauschalierte Umsatz- und Luxussteuer, und zwar nicht nur vom Wert, sondern vom Wert zuzüglich Zoll und Fracht zahlt. Daran sieht man, daß das ganze Gerede der Regierung vom Preisabbau ein direktes Gestankes ist, daß alle Nebenarten von Zollermäßigungen nur dazu dienen, der Bevölkerung Zand in die Augen zu streuen, daß im Gegenteil tatsächlich die Regierung alles tut, um die Preise in die Höhe zu treiben. Dies geschieht nun in einer Zeit, in der auch sonst eine Reihe von Lebensmitteln im Preise gestiegen ist. So haben die Margarinefabrikanten die Preise ihrer Produkte um eine Krone pro Kilogramm erhöht, alle Feststoffe sind teurer geworden, der Reis steigt im Preise, weil die Börse das Erdbeben in Japan dazu benützt, daß die Großhändler an ihren Reisdorräten tüchtig verdienen, und auch der Zucker steigt auf dem Weltmarkt, weil irgendwelche sagenhaften Aufstände in Kuba die Einbringung der Ernte gefährden. Das alles ist also für die Regierung der richtige Zeitpunkt, um durch eine Erhöhung der Einfuhr-

gebühren für eine Reihe lebenswichtiger Artikel eine Preissteigerung hervorzurufen. Es ist dies ein neuerlicher Beweis dafür, daß innerhalb der Regierung die bürgerlichen Minister diktieren und die Regierungsozialisten zu allem schweigen.

Die Bauunternehmer-Internationale. Die Internationale der Bauunternehmer (Sitz Paris) hält gegenwärtig in Prag eine internationale Konferenz ab. Die Tagesordnung umfaßt fünf Punkte: 1. Die Wohnungsfrage und die Mittel zu ihrer Beseitigung. 2. Die Sozialversicherung. 3. Das Gesetz über den Achtstundentag. 4. Regelung der Materialpreise. 5. Die internationalen Arbeitskräfte. Der erste Punkt der Tagesordnung enthält drei Unterartikel. Unter c) wird die Frage aufgeworfen, ob sich die Baukosten verringern lassen durch Herabsetzung der Arbeitslöhne, durch neue Verfahren in der Konstruktion, durch Normalisierung, durch Serienbauten, durch gruppenweise Beheizung der Gebäude. Wie man aus früheren Beschlüssen der Internationale der Bauunternehmer weiß, bringen sie dem Wucher der Baumaterialfabrikanten und -Händler mehr Verständnis entgegen, als der sozialen Geseßgebung, dem Achtstundentag und einer gerechten Entlohnung der Bauarbeiter. Und wenn sie die ausländischen Arbeitskräfte in den Kreis ihrer Betrachtungen ziehen, dann geschieht es auch nur zu dem Zwecke, sich willkürliche und billige Ausbeutungsobjekte zu sichern, die sie gegen die heimische Bauarbeiterschaft auszuspielen gedenken. Wir werden nach dieser Konferenz wieder erfahren, daß die Bauunternehmer in allen Ländern wie auf Kommando Sturm laufen gegen die Sozialgesetzgebung und gegen den Achtstundentag. Und wir werden auch wieder den Ruf der Bauunternehmer nach Lohnabbau hören; denn noch immer, wenn die Bauunternehmer über die Verbilligung des Bauens geredet haben, sollte es auf Kosten der Arbeiter geschehen. Für die Bauarbeiter aller Länder muß das internationale Vorgehen der Bauunternehmer ein Ansporn sein, ihre Organisationen zu stärken und auszubauen, damit sie die bestimmt zu erwartenden Angriffe auffangen und die daraus entstehenden Kämpfe so führen können, daß daraus eine wirtschaftliche Besserstellung der Bauarbeiterschaft resultiert. Mit der Förderung der Organisation im eigenen Lande geht automatisch die Stärkung der Bauarbeiterinternationalen, durch die allein es möglich ist, die Aus- und Einwanderung der Bauarbeiter in einer Weise zu regeln, die den internationalen Effektenhandel ausschließt.

Vor einem Bergarbeiterverband in Ungarn. Der ungarische Bergarbeiterverband führt seit längerer Zeit Verhandlungen mit den Unternehmern, um die Löhne der stündlich zunehmenden Teuerung anzuheben. Die Arbeiter verlangen eine zehnfache Erhöhung der im Monat März gewährten Teuerungszulage, die Unternehmer wollen aber nur eine achtfache Erhöhung zugestehen. Dienstag vormittag kam es zu einer entscheidenden Sitzung, die aber ergebnislos abgebrochen wurde. Die Vertreter der Bergarbeiter erklärten, daß, wenn bis Dienstag abend die Unternehmer die Forderungen nicht erfüllen, sie Mittwoch früh in allen Revieren in den Streik treten werden. Dienstag nachmittag griff nun der Handelsminister Walto ein und berief die Führer der beiden Organisationen zu sich. Es kam zwar zu keiner Vereinbarung, aber es wurde eine Annäherung festgestellt. Die Verhandlungen sollen weitergeführt werden, so daß der Streikschluß vorläufig zurückgezogen wurde. Der Oberstadthauptmann von Budapest Andrej erklärte den Journalisten, daß die Behörden alles tun werden, um den Streik auch durch Verhängung des Belagerungszustandes und durch Militarisierung der Bergwerke, zu verhindern und die Kohlenproduktion zu sichern.

Die Weltgetreideernte. Aus Kanada wird eine Rekorderte gemeldet. Die Jahreserzeugung von Weizen betrug in Kanada im letzten Jahr 400 Millionen Bushels, eine riesige Menge, wodurch Kanada an erster Stelle unter den Getreideproduzenten des britischen Reiches steht. Nach den Berichten dürfte die diesjährige Ernte die Ziffern des Vorjahres noch sehr wesentlich übersteigen; man erwartet ein Rekordjahr. Die guten Ernteausichten haben die Getreidepreise wesent-

lich gesenkt zum Schaden der mitteleuropäischen Bevölkerung, die das kanadische Getreide selbst bei billigeren Preisen nicht kaufen kann. Und ebensowenig das Getreide aus Südamerika und Australien, wo die Ernte nach den Berichten ebenso günstig ausgefallen ist wie in Kanada. Zum Glück der europäischen Bevölkerung wird aber die Getreideernte in den meisten europäischen Ländern ebenfalls sehr gut sein. Die französische Getreideernte dürfte zur Versorgung der Bevölkerung ohne fremde Einfuhr ausreichen und um 20 Prozent höher sein als im Vorjahre. Die Weizenerte Italiens stellt mit beinahe acht Millionen Tonnen eine Rekordiffer dar. Italien wird im nächsten Jahr kaum ein Viertel seines Weizenbedarfs einzuführen brauchen, zur großen Entlastung seiner Handelsbilanz. Die Getreidepreise sind tief gesunken. Vorzüglich ist die ungarische Ernte ausgefallen. Der zu erwartende Ausfuhrüberschuß wird auf 200 Millionen Goldkronen veranschlagt, was ungefähr die Passivität der Handelsbilanz ausgleichen dürfte. Auch in Deutschland ist die Getreideernte sehr günstig. Die günstigen Ernteeergebnisse könnten zur Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft viel beitragen, wenn die Politik nicht verderben würde, was die Natur geschenkt und Menschenfleiß erarbeitet hat.

Devisenkurse. Prager Kurze am 5. September. Table with columns: Gold, Ware, and exchange rates for various currencies like 100 holl. Gulden, 10.000 Mark, etc.

Züricher Schlusskurze am 5. September. Table with columns: City, Rate, and Exchange Rate for cities like Paris, London, Berlin, etc.

Wetterberichte der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag. Table with columns: Date, Location, Temperature, Wind, and Weather conditions for various cities and altitudes.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002. Text describing the company's services and contact information.

Die tschechische Krone notiert in: Table showing exchange rates for Prague, Vienna, and other locations.

Kunst und Wissen. „Egmont“ (Neueinstudierung im Deutschen Theater am 4. September 1923). Der Gott des Sokrates war der Dämon, jene wunderbare Kraft des Menschen, welche das Individuum treibt, sich selber Gesetze für sein Wollen und Handeln zu geben. „Dämonisch“ wirkt der Mensch, der sich zum Guten auswirft. Das muß er mit Leidenschaft tun, dafür muß er leiden. So tat und litt Sokrates, Christus, Märtyrer aller großen Revolutionen waren in diesem Sinne aktiv und passiv zugleich. Hier ist der Egmont Goethes einzureihen, auch Egmont ist dämonisch, den Dämon seines Schöpfers Goethe trägt er in sich, den Drang zum Guten, das er leidenschaftlich liebt und das ihm Leid schafft. Der Dämon will die Freiheit des Individuums und kämpft gegen die in Sponiens Kerus und Militär verführten Götzen, die beide, überall vom Ursprung bis auf die Gegenwart, den Menschen den letzten Atemhauch der Freiheit zu rauben bestrebt sind. Solche „dämonische“ Menschen sind Rinder, naive, zum Rarren hinneigend. So fliehen das Herz Egmonts, das Herz des Volkes und seines lieblichen Kindes, Klärchens, zusammen. — Eine Neueinstudierung auf der Grundlage der Menschheit gütigen Dämon in seinem Wesen und Leiden zu offenbaren, mühte willkommen geheißen werden. Von dieser Erinnerung war wenig zu spüren. Man begnügte sich, die Neueinstudierung durch Neuherlichkeiten und Neubesetzungen anzudeuten. Violette Himmel, weiße wandernde Abendwolken, einmal tiefe Bühnen, das anderemal Rahmenzene — es war eher ein Wollen als ein einheitliches Können. Unter den Neubesetzungen interessierte vor allem Herr Walter Pittschau als Egmont. Hier war nichts von goethischer Dämonie zu verspüren. Dieser Egmont, imponierend durch seine Heldengestalt, hatte den großen Vorzug, jung zu sein. Umso unangenehmer machte sich die Selbstzufriedenheit bemerkbar. Neu war auch Fr. Hedwig Herder, die deutlich und mit Wohlklang spricht, ihre Rede aber mit übertriebenen Gesten begleitet. Am besten unter allen Neubesetzungen erwies sich der Alba Kochs in Maale, Ton und Gebärde. Sein Gegenspieler, Herr Hoffmann als Oranien, war ihm vollkommen ebenbürtig. Am hintersten wirkten die Szenen, in denen Fr. Rainer spielte. Das Orchester unter seinem Dirigenten S. Travnicek erfüllte seine Aufgabe außerordentlich gut. o. k.

Nachvorstellung — Gastspiel Siegfried Hoyer. Morgen Freitag halb 8 Uhr beginnt Siegfried Hoyer ein kurzes Gastspiel als Theaterdirektor Striese in dem unterhaltamen Schönlager-Schwank „Der Raub“.

der Sabinerinnen. Als Nachvorstellung Samstag, 10 Uhr. Premiere des neuen amüsanten Mittelschwankes „Amor in Nikolsburg“. Sonntag nachmittags halb 8 Uhr (keine Preise) wird „Amor in Nikolsburg“ wiederholt.

Neues Theater. Heute Donnerstag halb 7 Uhr Richard Wagners „Walküre“ in der vollständigen Neuausstattung Emil Pirchans Leitung; Samstag 7 Uhr Puccinis Oper „Madame Butterfly“ mit Lily de Garmo und Oskar Eisenberg; Sonntag abends halb 7 Uhr Richard Wagners „Lohengrin“ mit Maria Husa als Else von Brabant, Anna Wolf-Ortner-Ortrud, Theo Strad-Lohengrin, Senia Grebe-König Heinrich.

Bereinsnachrichten. Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag II. 8. September, Samstag: Zusammenkunft im Café „Rizza“, 8 Uhr abends. — 9. September, Sonntag: Libochal, am Naturfreundebeweg zum Wästen Schloß. Sechs Stunden Marsch. Fahrspesen 11 K. Zusammenkunft 6 Uhr früh Malarsbühnenhof. Abfahrt 6.25 nach Bolkovic. Führer: Manf. Macochatour entfällt. 1.03

Turnen und Sport. Fußball. Der Wiener Falco gelang es am Montag in London die erstklassige Londoner Mannschaft Westham United F.C. einwandfrei 5:0 zu schlagen. Bei Halbzeit stand das Spiel bereits 3:0. Die Falco führte ein Kombinationspiel vor, dem die Engländer, die auf ein so erstklassiges Spiel nicht gefaßt waren, erliegen. Reusefeld schloß drei Tore. — Samstag tritt in Prag AC. Sparta gegen die Wiener Amateure an. Die Amateure spielen in folgender Aufstellung: Lohrmann, Popowich, Feidenwälder, Pittl, Jenö Konrad, Geper, Cutti, Kalman Konrad, Schaffer, Swatosch und Wieser. Sämtliche Spieler der Amateure waren bereits international tätig. Davon allein Lohrmann 2mal für Deutschland und Popowich 3mal für Österreich. Swatosch kämpfte 3mal international. — DFC. Sonntag gegen T. u. S.V. 1860 München. — Die Prager Slavia beteiligt sich während der zwei Feiertage in Wien an einem Turnier und spielt am Samstag gegen Slovan, am Sonntag gegen Falco. Chaha, der verletzt ist, spielt nicht mit.

Berausgeber: Dr. Ludwig Eger und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: C. Holla.

Alle Bücher. Verkauf rasch und billig. Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Schönau, Theresienstraße Nr. 18. Großer Lager in preiswert. Gelegenheitskäufen. Versandliste senden wir auf Wunsch kostenlos. In einer Stunde. Das Weltall, Philosophie, Biologie, Kunstgeschichte, Belletristik, Deutsche Literatur, Physik, Chemie. Bücher von bekannten Autoren wie Büchel, Schönlager, Klambund, Kaspar-Cohn u. a. — Jeder Band gebunden 22 G. 50. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Schönau, Theresienstraße Nr. 18.



Sozialdemokrat. Ausschneiden und einsenden. Abonnements-Bestellschein. Abonnere ab monatlich 16 Kč — vierteljährlich 48 Kč — halbjährlich 96 Kč — ganzjährig 192 Kč (nicht Zutreffendes durchstreichen) den „Sozialdemokrat“ — Verwaltung Prag II., Davilskova nám. 32. Vor- und Zuname: Beruf: Ort, Bezirk: Strasse und Nr.:

Der lesende Arbeiter das ist der dankende und kämpfende Arbeiter! In der Not der Arbeitslosigkeit, im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen, im Kampfe um gelistete Freiheit und Kultur ist der „Sozialdemokrat“ das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik das einigende, gelistete Band, welches das deutsche Proletariat im Angriff und Abwehr zusammenschweißt. Werdet Leser und werbet neue Leser des „Sozialdemokrat“.

Large advertisement for 'Ha-Ha' cigars. Text: Es ist erwiesen, daß Sie zur Herbstsaison Herren- und Knabenstolle am besten und billigsten bei der Firma „Ha-Ha“ Prag, Václavské náměstí (Palais Koruna) einkaufen. Überzeugen Sie sich! Besichtigen Sie unsere Auslagen!